



BAYERN

LANDESJOURNAL



LPP Schmidbauer steht vorbehaltlos hinter der Kollegenschaft

Von Birgit Ligotzky, Landesjugendvorsitzende

Kommt eine Erhöhung des DUZ?
Kommt eine neue Dienstwaffe?
Zusammenlegung von Dienststellen?

Mit diesen und vielen weiteren Fragen starteten wir das Gespräch bei der Landesvorstandssitzung mit Herrn Prof. Dr. Schmidbauer. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde begrüßte uns der neue Landespolizeipräsident und zeigte zunächst einmal seine Tätigkeits- und Problemfelder auf.

Unter anderem sprach LPP Schmidbauer die demografische Entwicklung und die damit verbundenen Schwierigkeiten der Nachwuchsgewinnung an. Zudem werde es immer schwieriger, vom Schichtdienst in den Tagdienst zu wechseln. Außerdem sprach er die sinnvolle Integration von Teilzeitkräften in den Dienststellen sowie die Schaffung von Heimarbeitsplätzen an.

Die großen Herausforderungen, die die Internetkriminalität an die Polizei stellt, müssen zukunftsfähig angegangen werden. Hier müsse versucht werden, zumindest technisch mit dem Gegenüber mithalten zu können.

Im Bereich der Ausstattung schiebe die Polizei einen großen Investitionsstau vor sich her. Es gilt jetzt, gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, damit der Rückstand aufgeholt werden kann.

Aus der **Diskussion** möchte ich von einigen Höhepunkten berichten, da eine vollständige Aufzählung den Rahmen dieses Leitartikels sprengen würde.

Vonseiten des Landesvorstandes wurde das klare Ziel der GdP, die Zula-

ge für **Dienst zu ungünstigen Zeiten auf 5 Euro** anzuheben, deutlich gemacht. LPP Schmidbauer sieht hier ebenfalls Möglichkeiten, den Nachtdienst attraktiver zu gestalten. Er wies u. a. auch auf das Modell von Baden-Württemberg hin, welches zur Nachtzeit von Donnerstag bis Samstag erhöhten DUZ bezahlt. Hierzu ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen. Getreu dem Motto „steter Tropfen höhlt den Stein“ bleibt die GdP am Ball.

Ein heißes Thema war auch die Beschaffung einer neuen **Dienstwaffe**. Hier führte LPP Schmidbauer aus, dass bereits erste Gespräche mit dem Minister geführt wurden. Ziel wäre für ihn, dass 2017/2018 mit der Ausstattung begonnen werden könnte.

Bei der Diskussion um die Einführung der neuen Schusswaffe, wurden auch die Einsatzmittel Taser und Teleskopschlagstock angesprochen. Als Grundaussage ist festzuhalten, dass Prof. Dr. Schmidbauer hier noch die Notwendigkeit der Klärung einsatztaktischer Fragen sieht, er aber auch den Kolleginnen und Kollegen vertraut, im Einsatz das richtige Einsatzmittel zu verwenden.

Seitens der GdP wurde an den LPP Schmidbauer folgende Bitte herangebracht: Es wäre wünschenswert, wenn der Minister am Anfang der Legislaturperiode eine verbindliche Aussage treffen würde, ob beabsichtigt sei, in den nächsten fünf Jahren die **Uniform** umzustellen. Dies ist für die Planung der Kolleginnen und Kollegen sowie deren Einkaufsverhalten von enormer Wichtigkeit. Prof. Dr. Schmidbauer führte aus, dass mit allen Konsens besteht über bessere Schnitte und mehr Funktionalität. Bei der Farbe scheiden sich allerdings die Geister. Viele Kollegen würden wegen der Unverwechselbarkeit an der Uniformfarbe „grün“ gerne festhalten. Viele Kollegen halten blau für die modernere Farbwahl, entscheiden werde dies aber der Minister.

Eine wichtige Frage stellte sich der GdP auch zur **Zusammenlegung von Dienststellen**. Gibt es hier Informatio-

nen, dass dies für die Zukunft geplant sei? LPP Schmidbauer ist kein Fan davon, dass mit aller Gewalt große Dienststellen geschaffen werden müssen. Aber wo es sinnvoll ist, kann durchaus geprüft werden, ob z. B. die Sprechzeiten der Bürger eingeschränkt werden, **ohne** Personal abzuziehen. Ein generelles Konzept sei hierzu derzeit aber nicht in Planung.

Zum Thema **GPS beim Digitalfunk**: Prof. Dr. Schmidbauer möchte auf keinen Fall eine technische Führungsaufsicht mittels GPS. Wir haben genug Beamtinnen und Beamte im höheren und gehobenen Dienst, die ihre Aufgaben entsprechend wahrnehmen sollen.

Die GdP bittet um Angleichung der **Stundenfortschreibung im Krankheitsfall bei den Tarifbeschäftigten** im Wechselschichtdienst (Stundenkapung auf 38,5 Std.). Bei den Beamten ist dies nicht der Fall. Prof. Dr. Schmidbauer erklärt, dass diese Ungleichbehandlung nicht sein darf. Er werde versuchen, dies zu korrigieren. Da das IMS aber gerade neu überarbeitet wird, bittet er hier noch um etwas Geduld.

Seitens des Landesvorstandes wurde dem LPP Schmidbauer ganz herzlich für seine Haltung beim Vorfall in der Au als Münchner Polizeipräsident gedankt.

Prof. Dr. Schmidbauer bedankte sich für das Lob. Auch wenn es für ihn danach verständlicherweise eine harte Zeit war, kann es für ihn weiterhin keine einseitige Vorverurteilung geben. Er erwartet, dass sich die Vorgesetzten auf allen Ebenen grundsätzlich hinter ihre Kollegen stellen, betont aber gleichzeitig, dass entsprechende Vorwürfe objektiv und umfassend aufgeklärt und notfalls auch geahndet werden müssen.

Nach Ansicht der GdP und der Kollegenschaft wurde das Schreiben, in dem Prof. Dr. Schmidbauer den eingesetzten Kolleginnen und Kollegen **vorbehaltlos den Rücken stärkte**, äußerst positiv aufgenommen.

Wir als GdP finden diese Haltung spitze – danke für diesen tollen Nachmittag und das angenehme Gespräch.



Recht am eigenen Bild und Vertraulichkeit des Wortes

Bild:
Thorben
Wengert/
pixello.de



Infolge der Verbreitung von Handys mit Kamera bzw. Videofunktion kommt es immer öfter vor, dass Kollegen/-innen beim Einschreiten fotografiert bzw. gefilmt werden. Hier wird dann gerne durch den betroffenen Kollegen mit dem Recht am eigenen Bild argumentiert und die Beschlagnahme des Handys bzw. ggf. der Kamera auch gegen den Willen des Fotografen durchgesetzt, mitunter auch zwangsweise. **Doch VORSICHT!** Ganz so einfach ist die Rechtslage nämlich nicht. Einschlägig sind die §§ 22, 23 und 33 des Kunsturhebergesetzes (KUG). Zunächst einmal ist zu unterscheiden, ob es sich um eine Porträtaufnahme handelt, bei der das Recht am eigenen Bild nach § 22 KUG vorliegt, zum

anderen könnte auch selbst im Falle der Verbreitung ein Ausnahmetatbestand i. S. d. § 23 Abs. 1 Nr. 1 als Bildnis aus dem Bereich der Zeitgeschichte vorliegen, wenn nämlich z. B. der Polizeibeamte am Unfall- oder Ereignisort als sog. relative Person der Zeitgeschichte sozusagen als Beiwerk mitfotografiert wird. Eine **Strafbarkeit** liegt ohnehin **nur dann vor**, wenn solche Aufnahmen ohne Einwilligung des Betroffenen **öffentlich verbreitet** werden – und dafür müssen **konkrete Verdachtsmomente** (z. B. die Ankündigung, die Aufnahmen ins Netz zu stellen oder einschlägige bereits erfolgte Veröffentlichungen in Presse oder Internet) vorliegen.

So entschied das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil 6 C 12/11 vom 28. 3. 2012, dass selbst bei einem SEK-Einsatz, den ein Pressefotograf abgelichtet hatte, eine Verbreitungsabsicht nach § 33 KUG nicht ohne Weiteres unterstellt werden darf. Die Presse entscheide regelmäßig erst nach Sichtung des Fotomaterials, welche Bilder und wie diese (ggf. mit unkenntlich gemachten Personen) veröffentlicht werden. Daher dürfe die Polizei allenfalls die Personalien feststellen und den Fotografen auf die Strafbestimmungen hinweisen. Eine Vernichtung der Bilder durch die Löschung stellt gem. § 303 a StGB ein Vergehen der rechtswidrigen Datenveränderung dar, nach § 303 a Abs. 2 ist sogar der Versuch bereits strafbar. Kommt dann noch die Anwendung Unmittelbaren Zwangs dazu, kann hier sehr schnell auch noch die Körperverletzung im Amt erfüllt sein.

Etwas anderes gilt, wenn **Videoaufnahmen** gefertigt werden, da hier

auch das nichtöffentlich gesprochene Wort mit aufgezeichnet wird, was jedoch nach § 201 StGB verboten ist. **Im Gegensatz zum Foto ist hier bereits die Aufzeichnung strafbar.** Auch beim hoheitlichen Einsatz des Polizisten liegt i. d. R. ein nicht öffentlich gesprochenes Wort vor, da sich die Rede meist an den eng sachlich abgegrenzten Personenkreis (Betroffene, eingesetzte Kollegen am Einsatzort) richtet. Hier könnte die sofortige Löschung zwar verlangt werden, doch ist aus Beweisgründen für das Strafverfahren eher die **Sicherung der entsprechenden Datei zum Nachweis der Tat** geboten. Bereits der Versuch der Aufzeichnung ist übrigens strafbar (§ 201 Abs. 4 StGB), die Tatmittel (Tonträger, Handy, etc.) können nach § 201 Absatz 5 StGB bei Verurteilung durch das Gericht eingezogen werden.

Übrigens kann eine Löschung vor Ort ohnehin ins Leere gehen, da es mit dem App „OpenWatch Recorder“ für Android-Handys die Möglichkeit gibt, die Aufzeichnung sofort auf einem Internet-Server zu sichern. Inzwischen gibt es sogar ein Angebot für einen sog. „Cop-Watcher“, bei dem Juristen sogleich die Rechtmäßigkeit polizeilicher Maßnahmen anhand der übermittelten Aufzeichnung überprüfen. Insgesamt gilt: Der Bürger ist dem polizeilichen Einschreiten gegenüber immer kritischer eingestellt und immer öfter wird der polizeiliche Einsatz zu Beweis Zwecken auch vom Bürger dokumentiert. Ob das Gericht dann rechtswidrig erlangte Aufnahmen für einen Prozess als Beweismittel zulässt, liegt regelmäßig im Ermessen des Gerichts.

PSch

REDAKTIONSSCHLUSS

Der Redaktionsschluss für die Ausgabe Dezember 2013 ist am 11. November 2013. Zuschriften bitte an die Redaktion.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Bayern**
Internet: www.gdpbayern.de

Geschäftsstelle:
Hansastraße 17/II, 80686 München
Telefon (0 89) 57 83 88-01
Telefax (0 89) 57 83 88-10

Redaktion:
Thomas Bentele
Hansastr. 17
80686 München
Telefon (01 51) 58 54 47 04
E-Mail: redaktion@gdpbayern.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-639X

GdP vor Ort: Besuch beim PP Oberfranken

Landesvorsitzender Helmut Bahr, sein Vertreter Peter Schall und Alexander Baschek von der Geschäftsstelle besuchten am 7. 10. 2013 das PP Oberfranken und besprachen mit Herrn Präsidenten Reinhard Kunkel die aktuellen Themen. Am dringenden wird neben der allgemeinen Personalproblematik eine zusätzliche personelle Unterstützung im Kampf gegen die schreckliche Droge Crystal Speed benötigt. Dies sei, wie

die Entwicklung inzwischen beweist, nicht nur ein Oberfranken-, sondern inzwischen ein bayernweites Problem. Wenn man den schrecklichen Verlauf der Suchterkrankung sehe, stellen inzwischen selbst Suchtärzte die Bitte nach hoher Kontrollrichte an die Polizei, um dieses Phänomen zu bekämpfen. Durch die i. d. R. vietnamesischen Produzenten und Händler in Tschechien werde der Markt intensiv beliefert und die zahlreichen



AUS DEM LANDESBEZIRK

Schmuggelaufgriffe müssen natürlich auch abgearbeitet werden. Mit den tschechischen Kollegen sei die Zusammenarbeit sehr gut und es besteht ein regelmäßiger Informationsaustausch.

Da inzwischen auch vermehrt Aufgriffe mit bundesweiten und ausländischen Schmugglern erfolgen, zudem oft Anschlussermittlungen in Tschechien oder eben anderen europäischen Ländern notwendig sind, fällt ein hoher Aufwand bei der Sachbearbeitung an, so Kollege Kunkel. Die beiden Fahndungsgruppen in Marktredwitz und bei der VPI Hof mit ihrer Außenstelle in Schirnding und die sachbearbeitende KPI Bayreuth brauchen daher dringend weitere personelle Unterstützung. Man hoffe, dass eine starke temporäre Unterstüt-

zung für z. B. ein Jahr hier eine Trendwende ermögliche. Angesichts des Verlaufs der Erkrankung sei das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung stark beeinträchtigt und das Problembewusstsein auch in der lokalen Politik angekommen. Die GdP kennt die Problematik und wird hier in Verhandlungen mit dem Ministerium geeignete Lösungsmöglichkeiten anstreben. Auch die GdP Bayern ist der Meinung, dass die oberfränkischen Kollegen/-innen hier eine gesamt-bayerische Aufgabe haben und nicht damit alleingelassen werden dürfen.

Die An- und Abreiseüberwachung von gewaltbereiten Fußball-Fans (gerade der Ostvereine in der Bundesliga), die hohe Anzahl von Schwertransporten (insbesondere die langen

Flügel für die Windräder) und die Fahndungstreffer von insgesamt vier automatischen Kennzeichenerkennungsanlagen sorgen für eine hohe Arbeitsbelastung der jeweils zuständigen Kollegen/-innen und dies alles bei einem Altersdurchschnitt für das gesamte PP von rund 46 Jahren. Auch angesichts der steigenden Ruhestandsabgänge sei daher die Anzahl der relativ hohen Zuteilungen für Oberfranken mehr als gerechtfertigt, so PP Kunkel. Für den Landesvorstand sagte LV Helmut Bahr zu, die Probleme des PP Oberfranken im Auge zu behalten und bei entsprechenden Verhandlungen insbesondere mit dem Innenministerium sich im Sinne der oberfränkischen Polizei einzubringen.

PSch

BÜRGERWEHR FORMIERT SICH IN WÜRZBURG

Die Polizei braucht keine Wölfe!

GdP Bayern: Innere Sicherheit ist und bleibt Angelegenheit der Polizei

Die Einsatzgruppe „Lupus“ (lat. für Wolf) will in Würzburg für Sicherheit sorgen. Seit einigen Wochen kann man vor allem in der unterfränkischen Presse über diese Gruppierung lesen, die zuletzt sogar uniformiert und ausgerüstet mit Pfefferspray und Handschellen auf der Jagd nach Gesetzesverstößen war. Hierbei filmten sie sich selbst, um ihre „Erfolge“ auch gleich auf ihrer Facebook-Seite zu präsentieren. Ende September machte die Stadt Würzburg in enger Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidenten Unterfranken damit Schluss und untersagte den etwa 20 Mitgliedern, bewaffnet und uniformiert durch die Straßen zu ziehen.

Michael Zimmer, Sprecher des Polizeipräsidenten Unterfranken: „Ausschließlich die Polizei und weitere Sicherheitsbehörden haben die gesetzliche Aufgabe, sich um die Belange der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu kümmern. Das Engagement dieser Gruppe ist weder erforderlich noch zielführend, sondern vielmehr kontraproduktiv. Darüber hinaus konsequenterweise unprofessionell und wir haben gar Anhaltspunkte für strafrechtlich relevantes Verhalten und ermitteln.“



Bild: Doris Opitz/pixello.de

In Unterfranken bestehe nirgendwo und in keiner Weise irgendein Bedarf dafür, dass Private sich auf diese Art und Weise engagieren müssten. Das Auftreten der Gruppe habe im Übrigen aus polizeilicher Sicht überhaupt nichts mit der von uns ge-

wünschten und für die Gesellschaft so wichtigen Zivilcourage zu tun. Hin- und nicht Wegschauen, wenn eine Straftat passiert und sofort die Polizei zu rufen sei ein wichtiges bürgerliches Engagement. Allerdings gefährde ein unprofessionelles Einmischen Dritter nicht nur diese selbst, sondern vor allem die Betroffenen oder gar Unschuldige, so Zimmer weiter.

Die Polizeidichte und gute Sicherheitslage in Würzburg rechtfertigen auch nach Einschätzung der GdP **keinen Fall** die Bildung privater Selbstschutzorganisationen ohne Sicherheitsauftrag. Dennoch möchten wir dies zum Anlass nehmen, mit einem kritischen Blick in Richtung der politisch Verantwortlichen zu schließen. Auch wenn es in Würzburg nicht das Thema ist: Der Bürger braucht die Polizei vor Ort! Keine Zusammenlegung kleiner Dienststellen auf der Fläche nur aus finanziellen Erwägungen! Wir sollten uns die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit nicht aus der Hand nehmen lassen. Durch das Auftreten von „Lupus“ können wir jetzt zumindest analysieren, mit welchen Phänomenen sich die Polizei noch zusätzlich auseinander zu setzen hätte.

TBe





Helmut Bahr



Die GdP begrüßt die Neuen!



Clemens Murr

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir freuen uns, Sie als neue Angehörige der Bayer. Polizei begrüßen zu dürfen!

Sie wurden zum 1. September 2013 in den Standorten der Bereitschaftspolizei Dachau, Eichstätt, Königsbrunn, Nabburg und Sulzbach-Rosenberg eingestellt. Die GdP heißt Sie als große und starke Solidargemeinschaft willkommen.

Täglich setzen wir uns bei politisch Verantwortlichen für optimale Arbeitsbedingungen, berufliches Fortkommen und allgemeine Berufszufriedenheit ein. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit leisten wir einen konkreten Beitrag, das Bild der Polizei nachhaltig positiv darzustellen.

Für die Neueinsteiger bei der Bayer. Polizei ist die Bezirksgruppe Bereitschaftspolizei der richtige Ansprechpartner. Der GdP-Landesvorsitzende Helmut Bahr, Personalratsvorsitzender bei der Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau, und der Vorsitzende der BG Bereitschaftspolizei, Clemens Murr, zugleich örtlicher Ansprechpartner der KG Bepo Dachau, sowie die unten vorgestellten Vertrauensleute vor Ort werden Fragen jedweder Art gerne beantworten und Ihnen jederzeit nähere Informationen zur Arbeit der Personalräte und der GdP zukommen lassen. Auch wenn Sie sich gemeinsam mit uns aktiv in der GdP engagieren möchten, sind diese vor Ort Ihre Ansprechpartner. Selbstverständlich können Sie sich auch telefonisch oder per Mail an unsere Landesgeschäftsstelle wenden (Näheres siehe auf <http://www.gdpbayern.de>).

Alle unsere bereits neu hinzugewonnenen Mitglieder dürfen wir an dieser Stelle recht herzlich begrüßen.

Wir wünschen Ihnen für Ihre berufliche und private Zukunft alles Gute.

In gewerkschaftlicher Verbundenheit

Helmut Bahr
Landesvorsitzender

gez. Clemens Murr
Vors. BG Bereitschaftspolizei



Werner Höcht
Bepo Eichstätt



Manfred Schmid
Bepo Königsbrunn



Manfred Butz
Bepo Sulzbach-Rosenberg



Daniela Lanzl
Bepo Nabburg



AUS DEN BEZIRKEN

Landesvorstand bei der Jahreshauptversammlung der KG Haßberge



Berthold Schineller und Reinhold Albert (von links) sind mehr als 20 Jahre Mitglieder der GdP. Bei der Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Haßberge ehrten und gratulierten (von rechts): Bezirksvorsitzender Holger Zimmermann, stv. Landesvorsitzender Peter Schall und Landesvorsitzender Helmut Bahr.
Foto: Helmut Will

Ebern. Zahlreiche Gäste konnte bei der Jahreshauptversammlung der Gewerkschaft der Polizei, Kreisgruppe Haßberge, deren 1. Vorsitzender Berthold Schineller im Gasthof „Frankenstuben“ in Ebern willkommen heißen. Ehrungen standen an und Referate zur aktuellen Situation der Polizei in Unterfranken und in Bayern gab es aus beruflichem Munde. Deutlich in der Überzahl gegenüber aktiven Polizeibeamten waren die Pensionisten, selbst der Älteste, Kurt Heim, mit 90 Jahren war gekommen.

Berthold Schineller teilte mit, dass gegenwärtig 49 Mitglieder der Kreisgruppe Haßberge angehören. 24 davon sind im aktiven Dienst, 25 Pensionisten. Geburtstags- und Gedenkungswünsche an Mitglieder der GdP habe er im zurückliegenden Jahr mehrere überbracht. 2012 und 2013 habe Schineller an Bezirksvorstandssitzungen in Würzburg teilgenommen. Die GdP war beim Verkehrssicherheitstag in Schweinfurt im Juni 2013 präsent. Der Vorsitzende wies auf eine Vertrauensleuteschulung hin, die auf der Benediktushöhe in Retzbach stattfinden wird. „Hier wäre es von Vorteil, wenn jemand von der PI Haßfurt teilnehmen würde“, sagte Schineller. Einen Vorteil der GdP-Mitgliedschaft machte Schineller am Beispiel des gewährten Rechtsschut-

zes durch die Organisation deutlich. So habe ein Kollege für einen Rechtsschutzfall von der Landesgeschäftsstelle in München die sofortige Kostendeckungszusage erhalten. Die Auswahl eines Rechtsanwaltes ist jedem freigestellt. Berthold Schineller berichtete noch über seine Teilnahme an der DGB-Kreisdelegiertenkonferenz und darüber, dass Seniorenvertreter Dieter Schuster von der BG Unterfranken aus gesundheitlichen Gründen dieses Amt nicht mehr ausführen kann.

Trotz seines angeschlagenen Gesundheitszustandes ließ es sich der Landesvorsitzende Helmut Bahr nicht nehmen, erstmals nach Ebern zu kommen. „Ich hatte zugesagt und da wollte ich unbedingt kommen“, so Bahr. Er setzt Hoffnung in die neue Bayerische Staatsregierung und hofft, dass die Belange der GdP und der Polizei auch im neuen Kabinett die erforderliche Berücksichtigung finden. „Wir GdPler werden bemüht sein, einen guten Kontakt zur Regierung zu halten“, so der Landesvorsitzende. Er bemängelte, dass Negatives über die Polizei sehr schnell in den Medien sei, auch schon dann, wenn der Sachverhalt noch unklar wäre. „Ohne Hintergründe zu kennen, wird die Polizei schon oft im Vorfeld verurteilt“, bedauerte Helmut Bahr. Er wünsche

sich für Polizei und andere Sicherheitsbehörden einen fairen Umgang und keine Vorverurteilungen. Entschlossen werde die GdP eingreifen, sollte daran gedacht werden, kleinere Dienststellen aufzulösen. „Einen Rückzug aus der Fläche wollen wir unter keinen Umständen, weil das dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung nicht gerecht würde.“ 1000 Stellen mehr für die Polizei in Bayern sieht der Landesvorsitzende als Minimum an.

Holger Zimmermann, Vorsitzender der GdP in Unterfranken und Personalratsvorsitzender, beleuchtete zusammen mit Peter Schall, Stellvertreter des Landesvorsitzenden in Bayern, die Situation der Polizei in Unterfranken und in Bayern. Zimmermann sagte, dass in Unterfranken im Jahr 2011 das Personal rapide zurückgegangen ist, was teilweise zu unzumutbaren Belastungen geführt habe. „2013 geht es Gott sei Dank wieder aufwärts und die dringend notwendige Aufstockung der Dienststellen geht langsam voran“, so Holger Zimmermann. Zum 1. Februar 2014 würden Unterfranken 47 neue Kolleginnen und Kollegen zugeteilt. Auch für die Polizeiinspektionen in Ebern und Haßfurt sind weitere personelle Verstärkungen nötig.

NACHRUF

Wir trauern um unsere Mitglieder

Eidenschink, Anneliese,
86 Jahre,
KG Straubing

Scholz, Johann, 53 Jahre,
KG Kempten

Purmann, Walter, 81 Jahre,
KG Kempten

Fackler, Winfried, 60 Jahre,
KG Unterallgäu

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.



AUS DEN BEZIRKEN

Dabei müsse man sehen, dass nach Ebern jüngere Kolleginnen und Kollegen kommen, weil das die Dienststelle mit dem höchsten Altersdurchschnitt (über 50 Jahre) sei. Er verteidigte auch das Dienstgruppenmodell mit fünf Schichten. „Das muss nur richtig umgesetzt werden.“ Landesvorsitzender Helmut Bahr und sein Vertreter Peter Schall sprachen sich für Gleichstellung von Dienstgruppenleiterposten in ganz Bayern aus. Die Referenten betonten allesamt, dass sie es nicht für gut hielten, dass künftig bei Beförderungen nur noch die Beurteilung gewichtet wird und die bisherige Rangzahl außen vor bleibt. Alexander Baschek, Geschäftsführer der GdP Service GmbH,

legte den Versammlungsteilnehmern ans Herz, die Vorteile der Servicegesellschaft noch stärker zu nutzen. Sehr vielfältig sei das Angebot, wobei er u. a. auf das Tourismusangebot einging. Dazu musste er viele Fragen beantworten. Aber auch weitere Geschäftsfelder der GdP Servicegesellschaft sollten genutzt werden, da GdP-Mitglieder hieraus Vorteile ziehen könnten. Wer sich informieren möchte, könne dies im Internet unter www.gdp-servicegmbh.de tun und sich hier als GdP-Mitglied anmelden.

In der Diskussion ging es darum, ob bei der Polizei auf den Dienststellen Videoüberwachung eingesetzt werden sollte, so zum Beispiel auch um Arrestzellen damit überwachen zu

können. Die Landesvorsitzenden der GdP forderten auf, dass die Polizeibeamten hierzu ihre Meinung äußern. Das könne auf der Homepage der GdP, www.gdpbayern.de, geschehen.

Zum Schluss der Jahreshauptversammlung der GdP wurden Reinhold Albert und Berthold Schineller geehrt. Beide sind mehr als 20 Jahre Mitglied, Berthold Schineller ist seit sieben Jahren Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Haßberge. Landesvorsitzender Helmut Bahr und Bezirksvorsitzender Holger Zimmermann sowie Peter Schall und Alexander Baschek gratulierten den beiden langjährigen Mitgliedern und übergaben Urkunden und Präsente.

Helmut Will

... „und es hat klick gemacht“ ...

Fotowettbewerb der KG Schweinfurt

Motto: „Polizei“ ...

... künstlerisch, dokumentarisch, international, erotisch, kritisch, fantastisch ...

Nicht gewertet werden ermittlungsbezogene, dienstliche Tatort-, Unfall- und Beweisfotos!

Teilnahmeberechtigt sind alle Mitglieder der GdP-Kreisgruppe Schweinfurt. Pro Teilnehmer kann **1 Foto** eingesandt werden (Digitalfoto oder per Post/persönlich eine Aufnahme auf Fotopapier im Format von ca. DIN A4). Fotoaufkleber auf dem Teilnehmerantrag vorhanden.

Die drei besten Fotos werden prämiert. Die zwölf besten Fotos werden zu einem Kalender verarbeitet.

Einsendeschluss: Freitag, 15. 11. 2013, an lehr.pr@web.de bzw. Hajo Lehr, PR-Büro, PI Schweinfurt, Mainberger Str. 14 a, 97422 Schweinfurt.

Teilnahmebedingungen: Mit der Teilnahme am Wettbewerb bestätigt der Einsender, dass er das Recht am Bild besitzt und evtl. abgebildete Personen mit einer Veröffentlichung einverstanden sind. Weiterhin besteht die Einverständnis, dass das Foto für einen Kalender verwendet werden darf und in Publikationen der GdP veröffentlicht werden kann.

Besuch der Wiesnwache



um die Akzeptanz der GPS-Ortung. Von den meisten dort Beschäftigten wird diese ausdrücklich gewünscht, weil sie gerade zum Oktoberfest aus Sicherheitsaspekten als unverzichtbar angesehen wird. Einzig die Zeitspanne der GPS-Ortung (zwei Minuten) ist speziell auf der „Wiesn“ als kritisch anzusehen.

Die in den Einsatzräumen laufende Videoüberwachung hat sich inzwischen bewährt und wird von den Einsatzkräften gar nicht mehr wahrgenommen.

Am Mittwoch, dem 2. 10. 2013, besuchten Helmut Bahr (Landesvorsitzender), Jürgen Schneider (Landesfinanzvorstand), Herbert Kern (BG-Vorsitzender Mittelfranken), Michael Bogatzki (BG-Vorsitzender München) und Dr. Andreas Vollmer (KG-Vorsitzender LfV) die Wiesnwache.

Der Leiter der Pressestelle des PP München, Wolfgang Wenger, führte uns durch die Räumlichkeiten der Wiesninspektion und erläuterte uns die mittlerweile hochtechnisierte Ausrüstung. In einigen Gesprächen mit den dort tätigen Kolleginnen und Kollegen ging es unter anderem auch

feststellen, dass der Dienstherr sehr bemüht ist, die Rahmenbedingungen für den sicherlich nicht leichten Wiesndienst so angenehm wie möglich zu gestalten.

Lediglich die Anzahl der sanitären Einrichtungen sind verbesserungsbedürftig.

Die GdP Bayern und insbesondere die BG München werden auch weiterhin den Kolleginnen und Kollegen der Wiesnwache mit Rat und Tat zur Seite stehen.

Michael Bogatzki, BG München





Vorankündigung zur Jubiläums- veranstaltung

20. Internationale Offene Polizeiskimeisterschaften
der Gewerkschaft der Polizei Service GmbH
vom 14. – 16. Februar 2014 in Ofterschwang

Infos unter www.gdp-servicegmbh.de



20. INTERNATIONALE OFFENE
**POLIZEISKI-
MEISTERSCHAFTEN**
OFTERSCHWANG IM ALLGÄU



AUS DEN BEZIRKEN

GdP-Urgestein feierte 60. Geburtstag



GdP-Bezirksvorsitzender Herbert Kern (rechts) überreichte seinem langjährigen Weggefährten, dem früheren Nürnberger GdP-Kreisvorsitzenden und Personalrat Franz Holzner (VPI Nürnberg), zu seinem 60. Geburtstag einen Geschenkkorb.

Grillfeier der KG Traunstein

Die Grillfeier der KG Traunstein am 12. 9. 2013 im Kurpark in Waging am See war ein schöner Erfolg. Obwohl es der Wettergott nicht gut meinte, es regnete in Strömen und auch die Temperaturen waren nicht gerade angenehm, fanden sich immerhin ca. 50 Kolleginnen und Kollegen mit ihren Partnern und Kindern ein. Bei Kerzenschein und offenem Feuer wurde es im großen Bajuwarenhaus schnell gemütlich und die Steckerlfische des Kollegen Seehuber schmeckten wieder einmal hervorragend. So wurde trotz der Witterung lange gefeiert und oftmals der Wunsch geäußert, dass dieses Fest unbedingt wiederholt werden sollte.



Neubau für die Polizeiinspektion Mindelheim

Landespolizeipräsident Prof. Dr. Schmidbauer zu Besuch



Der Bayerische Landtag hat einem Neubau für die PI Mindelheim zugestimmt. Das hat Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer anlässlich seines Besuches zusammen mit dem neuen Landespolizeipräsidenten Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer bei der PI Mindelheim bestätigt. Mindelheims Polizeichef EPHK Gerhard Zielbauer, Regierungsdirektor Norbert Radmacher, Leiter Polizeiverwaltung beim PP Schwaben Süd/West, und Peter Pytlik, stv. Personalratsvorsitzender beim PP Schwaben Süd/West zeigten sich sichtlich erfreut, dass die Planung des neuen, drin-

gend notwendigen Dienstgebäudes endlich Strukturen annimmt. Peter Pytlik, u. a. auch stv. Vorsitzender der BG Schwaben Süd/West, freut sich für seine Kollegen in Mindelheim auch deshalb, weil die PI Mindelheim seine Heimatdienststelle ist, auf der er 27 Jahre lang im alten Gebäude Dienst verrichtet hatte, bevor er in die Freistellung als Personalrat wechselte. Bei dem Besuch waren auch Finanzstaatssekretär Franz-Josef Pschierer, der Bürgermeister der Stadt Mindelheim, Dr. Stephan Winter, Frau Cornelia Bodenstab vom staatlichen Bauamt Kempten und der stv. Dienststellenleiter der PI Mindelheim, PHK Thomas Wegst, vor Ort. Auf dem Bild präsentierte Gerhard Zielbauer zusammen mit Herrn LPP Prof. Dr. Schmidbauer das Modell des neuen Dienstgebäudes, das dann im Frühjahr 2014 richtige Strukturen annimmt. Die PI Mindelheim ist übrigens mit einem GdP-Organisationsgrad von 90 Prozent eine der am besten organisierten Dienststellen in ganz Bayern.

Peter Pytlik

RECHTSSCHUTZ

Kollege Manuel Pregler von der Bereitschaftspolizei Dachau wurde im Rahmen eines Demonstrationseinsatzes Geschädigter einer Widerstandshandlung. Durch die äußerst professionelle Bearbeitung durch unsere Rechtsabteilung überreichte der KG-Vorsitzende C l e m e n s M u r r dem freudestrahlenden Kollegen Pregler bereits drei Wochen später einen Scheck in Höhe von 500 Euro.



DIE GdP GRATULIERT ZUM

70. Geburtstag

Roland Stelzer, KG Hof/Saale

89. Geburtstag

Irma Friedl, KG Regensburg

IN EIGENER SACHE

Datenschutz: Die neue Datenschutzerklärung für Veröffentlichungen des Namens oder des Geburtstages in der Deutschen Polizei befindet sich auch auf unserer Internetseite

www.gdpbayern.de

